

# „Eine riesige Ungerechtigkeit“ Wende bei der Energiewende gefordert

geschrieben von Admin | 7. Januar 2018

Das neue Jahr fängt mit starkem Gegenwind für die Windenergie an. Kritik am EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) gibt es zwar schon lange, doch nun kommt sie von einem Ministerpräsidenten, noch dazu von einem von der SPD.

In ungewöhnlich deutlichen Worten hat Dietmar Woidke in einem Interview gegenüber der Deutschen Presse-Agentur eine scharfe Korrektur bei der Förderung erneuerbarer Energien gefordert.

Das Ziel, eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes würde sowieso kaum gelingen, weil immer nur »in die Erzeugung, nicht aber in die Speicherung von Energie« investiert worden sei. So sagte Woidke, wie man bei **LR-news** nachlesen kann.

Notwendig wäre seiner Meinung nach ein Paradigmenwechsel: eine Änderung des Erneuerbare Energien Gesetzes und eine deutliche Verstärkung der Forschung in diesem Bereich.

Woidke wies auch auf die wirtschaftlichen Nachteile hin. In Hinblick auf die Vorstellungen der Grünen sagte er: »Jamaika wäre insbesondere für Ostdeutschland eine mittlere Katastrophe geworden.«

Den Schwerpunkt seiner Kritik legte er allerdings auf die soziale Ungerechtigkeit. Woidke sagte, das EEG-Gesetz führe derzeit »zur größten Umverteilung von unten nach oben in der Geschichte der Bundesrepublik«, weil alle die Kosten mit der Stromrechnung zahlten, aber vor allem vermögende Investoren davon profitierten.

Jeder einzelne Deutsche zahle über seine Stromrechnung den gleichen Beitrag zur deutschen Energiewende, sagte er: »Oma Frieda aus Eisenhüttenstadt genauso wie ein Einkommensmillionär, der hier in Potsdam oder in Berlin-Wannsee wohnt. Der Unterschied ist noch, dass sich Wohlhabende an dem Gewinn aus dem Ausbau erneuerbarer Energien beteiligen können.« Rund acht Millionen Deutsche haben in irgendeiner Form in den letzten Jahren in erneuerbare Energien investiert. Sie gehören zu den Gewinnern. Alle anderen zahlen drauf.

»Das ist die größte Umverteilung von Geld von unten nach oben seit 1945. Das kann so nicht weitergehen. Das ist eine riesige Ungerechtigkeit.«

»Wir müssen die gesamte Energiewende hinterfragen«, sagte er.

Der Haupttext wurde von FreieWelt.net übernommen